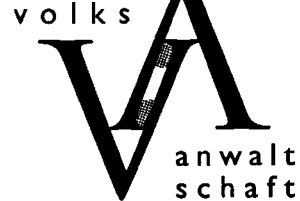
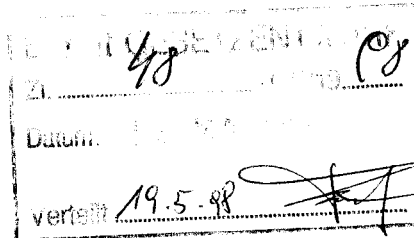


16/SN-253/ME



Volksanwaltschaft

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1017 Wien



VA 6100/10/98 - Ha

Wien, am 18. Mai 1998

St. Ullrich

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Neuorganisation der Bundestheater

Stellungnahme der Volksanwaltschaft zu
Bundeskanzleramt vom 17. bzw. 22. April 1998,
GZ 180.310/68-I/8/98

Die Volksanwaltschaft beehrt sich, 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zum gegen-
ständlichen Gesetzesentwurf zu übermitteln.

Für den Vorsitzenden:

MinRat Dr. Gerhard Peternell

Beilagen

1015 Wien
Singerstraße 17
Postfach 20

Telefon (0222)515 05
Ortstarif-Telefon 02 29 06
Fax (0222)515 05-150

DVR: 0031291



Der Vorsitzende

An das
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 Wien

VA 6100/10/98 - St

Wien, am 18. Mai 1998

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes
über die Neuorganisation der Bundestheater
GZ 180.310/68-I/8/98

Die Volksanwaltschaft erstattet zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Neuorganisation der Bundestheater, GZ 180.310/68-I/8/98, nachstehende Stellungnahme:

Die Volksanwaltschaft hat wiederholt den Nationalrat darauf hingewiesen, daß ihre Kontrollzuständigkeit über viele Verwaltungsbereiche durch Ausgliederungen verlorengeht. Aus diesem Grund hat die Volksanwaltschaft in ihrem 20. Bericht an den Nationalrat legislative Anregungen zur "Wiedererlangung" der Kontrollzuständigkeit über ausgegliederte Rechtsträger dem Bundesverfassungsgesetzgeber unterbreitet. Diese wurden bislang nicht umgesetzt.

Aus diesem Grund regt die Volksanwaltschaft an, daß im zweiten Abschnitt des Entwurfs eines Bundesgesetzes über die Neuorganisation der Bundestheater eine dem § 60 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Arbeitsmarktservice, BGBl 1994/313, entsprechende Bestimmung aufgenommen wird, die lautet:

1015 Wien
Singerstraße 17
Postfach 20

Telefon (0222)515 05
Ortsstarif-Telefon 02 29 06
Fax (0222)515 05-150

DVR: 0031291

- 2 -

"Die vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen gemäß § 3 dieses Bundesgesetzes zu errichtenden Gesellschaften mit beschränkter Haftung unterliegen der Prüfung durch die Volksanwaltschaft."

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden auch dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Der Vorsitzende:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Schender', written in a cursive style.

Volksanwalt Horst Schender